



KOO-PRESSEINFORMATION: Entwicklungsländer nicht im Stich lassen!
Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) fordert dringend die Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeit als Überlebenshilfe in der Krise.

Wien, 01.04.2009 – Die KOO reagiert auf den gestern vorgestellten OECD-Bericht und warnt davor, Entwicklungsländer jetzt nicht mit den Folgen der Krisen allein zu lassen. Geschäftsführer Heinz Hödl weist auf die massiven Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die armen Länder durch den Rückgang ausländischer Investitionen, fehlende Rücküberweisungen von MigrantInnen und schrumpfenden Handel hin. Gleichzeitig würden Entwicklungsländern etwa 1 Billion USD an Steuereinnahmen durch Steuerflucht und Verrechnungspraktiken internationaler Konzerne entzogen.

„Entwicklungsländern fehlt das Geld für Konjunkturpakete oder Sozialleistungen. Die Menschen stehen vor der Frage, wie sie ihre Familien ernähren sollen, ob sie die Kinder zur Schule schicken können, ob es Medikamente gibt!“ schildert Hödl. „Das sind Fragen des Überlebens, Fragen der Zukunft, über die ausreichende Entwicklungshilfe entscheidet. Viele Länder waren auf einem guten Weg. Gerade jetzt dürfen wir sie nicht im Stich lassen.“

Der Rückgang von Österreichs Entwicklungshilfe-Leistungen 2008 ist ein beschämendes Zeichen langjähriger Versäumnisse. Die KOO hat seit Jahren oft darauf gedrängt, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, um den Rückgang der Entschuldungen durch frisches Geld für Armutsbekämpfung aufzufangen.

Der KOO Vorsitzende und zuständige Referatsbischof in der Bischofskonferenz **Bischof Dr. Ludwig Schwarz** fürchtet, dass das Budget 2009 und 2010 auch keinen Spielraum für Aufstockungen vorsieht. „Jetzt darf man keine Zeit mehr verlieren: Die Österreichische Regierung muss endlich konkrete Pläne für die Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit machen, damit wir das lange versprochene Ziel von 0,7 % bis 2015 erreichen können.“, appelliert Bischof Schwarz.

Die KOO fordert außerdem, die Interessen der Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Finanzkrise zu berücksichtigen durch:

- Finanzreformen, die an den Ursachen der Krise ansetzen
- Unterstützung des Kampfes gegen Steueroasen und Steuerflucht
- Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer
- strukturelle Reformen in den internationalen Finanzinstitutionen, die Entwicklungsländern gleichberechtigte Mitsprache bei der zukünftigen Gestaltung in globalen Finanzfragen ermöglichen

Rückfragen richten Sie bitte an: Mag.^a Hilde Wipfel, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 32; www.koo.at;